

Antrag L01: Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit für die neue Zeit

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit** 2 **für die neue Zeit**

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
8 Notenbanken – die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarben. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft – kaum ein gesellschaftlicher
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
17 junge Generation und bei prekär Lebenden gilt das kapitalistische Wirtschaftssystem
18 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. Zugleich werden grundsätzliche Alternativen
19 von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und
20 Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht.

21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten
23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen
24 können links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht
25 mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten
26 geben – und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen
27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit
28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung – aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen – gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten – sind alle

45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt – aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

48 Die Regierung steht in den Augen vieler Menschen jedoch für eine ökologische
49 Modernisierung der Gesellschaft. Sie setzt dabei auf technologische Veränderungen –
50 ohne grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise. Sie spielt mit der Illusion von
51 einfachen technologischen Innovationen, ohne dabei auf dem Boden der Wissenschaft zu
52 stehen. Sie gaukelt den Menschen vor, dass mit nur wenig grüner Farbe ein „weiter so“
53 möglich wäre. Die Politik der Bundesregierung, die sich von den vorherigen leider
54 nicht signifikant unterscheidet, führt zu langfristigen, irreversiblen Schäden und
55 damit viel Elend. Sie ist verantwortungslos. Mehr große Autos mit hohem
56 Ressourcenverbrauch, aber mit Elektromotor. Es reicht nicht aus, nur den Antrieb zu
57 verändern, wir müssen das System neu aufsetzen. Notwendig wäre, ein Verkehrssystem,
58 in dem niemand mehr vom Auto abhängig ist und in dem eine funktionierende Mobilität
59 für alle garantiert wird.

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
75 Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen Weichen für die Zukunft gestellt werden.

76 Mittelfristig müssen Energie- und Ressourcenverbrauch auch in absoluten Zahlen
77 verringert werden – das verträgt sich nicht mit einer Wirtschaftsweise, die auf dem
78 blinden Wachstum der Profite beruht. Markt und Wettbewerb sind eine Sackgasse für die
79 ökologische Transformation. Nur mit massiven, gezielten öffentlichen Investitionen in
80 den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur ist es noch möglich, das
81 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die dafür verbleibende Zeit wird immer knapper.

82 Der weltweite Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussphären ist eine der
83 wesentlichen Ursachen für Kriege. Es ist fatal, in dieser historischen Situation die
84 Weichen auf Aufrüstung zu stellen, wie die Bundesregierung es tut. Nicht Aufrüstung,
85 sondern der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und eine nachhaltige,
86 ressourcenschützende Wirtschaftsweise und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung
87 schaffen die Grundlage für eine friedlichere Welt. Wir stehen für eine Politik der
88 Deeskalation, für Frieden und Sicherheit durch Kooperation und Abrüstung. Wir reihen
89 uns nicht ein in den Chor von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU für mehr Aufrüstung und
90 Abschreckung.

91 SPD und Grüne haben sich den Spielarten liberaler Modernisierung verschrieben, sie
92 denken nicht über den Horizont eines immer krisenhafteren Wirtschaftssystems hinaus.
93 Eine linke Partei muss mehr wollen. Und wir können mehr. Wir haben den Anspruch einer
94 modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation,
95 für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, für Abrüstung, Frieden und eine
96 neue sozial-ökologische Weltwirtschaft einsteht. Nach dem Dogma der Markgläubigkeit

97 und angesichts globaler Krisen braucht es eine Kraft, die Gemeinwohl vor Profit
98 stellt. Diese Zeit braucht eine mutige, radikale und realistische Politik von links.
99 Das ist unser Anspruch und dafür stellen wir uns neu auf.

100 **Schritte über den Kapitalismus hinaus - DIE LINKE neu aufstellen**

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt – das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz – im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

130 **Klimaneutral bis 2035 – Die Energiewende vorantreiben**

131 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nochmals die Dringlichkeit des Ausstiegs
132 aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas deutlich gemacht. Dennoch werden jetzt
133 Stimmen laut, die statt auf Erneuerbare Energien weiter auf Kohle und Atom setzen.
134 Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035
135 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in
136 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin.

137 Notwendig ist dafür nicht weniger als das größte Investitionsprogramm in der
138 Geschichte der Bundesrepublik.

139 Auch Umweltverbände kritisieren, dass die von der Ampel versprochenen 200 Milliarden
140 Euro für den Klimaschutz eine „Luftbuchung“ sind, da sie nur bereits eingeplante
141 Investitionen symbolträchtig zusammenrechnen. Das reicht hinten und vorne nicht, um
142 uns im jetzt erforderlichen Rekordtempo aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle zu
143 lösen. Wir schlagen ein zusätzliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden jährlich
144 alleine für die Energiewende vor.

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender

147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

156 Um den Energieverbrauch in Gebäuden zu senken und bis 2035 einen klimaneutralen
157 Gebäudebestand zu erreichen, wollen wir einen bundesweiten Klimacheck für alle Gebäude
158 und verbindliche und sozial ausgerichtete Stufenpläne für die Gebäudemodernisierung.
159 Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden – und warmmietenneutral sein.
160 Die CO₂-Steuer darf nicht auf die Miete umgelegt werden. Wir lassen nicht zu, dass
161 die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden!

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

172 **Mobilitätswende**

173 Die Pariser Klimaziele können nur mit einem radikalen Umsteuern in der
174 Verkehrspolitik erreicht werden. Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, der seit
175 1990 seine klimaschädlichen Emissionen nicht reduziert hat. Die gegenwärtige
176 Verkehrspolitik schädigt nicht nur das Klima, sie ist auch unsozial. Sie schließt
177 ganze Bevölkerungsgruppen von der Mobilität aus: weil sie sich Fahrpreise für Bahnen
178 und Busse nicht leisten können und weil ganze Landstriche vom öffentlichen Verkehr
179 abgekoppelt sind.

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld

198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO₂-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

202 **Klimajob-Programm – Für gute Arbeit und lebenswerte, klimaneutrale Kommunen**

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen
209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft
211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat – allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen – in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

234 **Sozial-ökologische Transformation der Industrie**

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.
247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über

248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tariffucht sein – sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.

263 **Soziale Sicherheit für alle. Klimaschutz braucht Umverteilung**

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert.

271 Klimaschutz braucht Umverteilung: In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO₂-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt werden.

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen – auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische

299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

301 **Neue Bündnisse für eine neue Zeit.**

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische
307 Transformation. Antirassistische und feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche
308 soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. Unsere Solidarität ist
309 unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende
310 Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen.

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den
322 Planeten bewohnbar hält.